

## **Vortrag „Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“,**

Gehalten auf der Fachtagung „Strategien zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus in der Jugendarbeit“ in Nürnberg am 11.6.2010 vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V., Georg-Simon-Ohm Hochschule Nürnberg und BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der folgende Vortrag ist auf Grundlage meiner damaligen Abschlussarbeit „Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen in Berlin und Brandenburg“ entstanden.

Meine Ausgangsthese ist, dass die in der Pädagogik dominierenden Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus keine Ergebnisse reiner wissenschaftlicher oder pädagogischer Interventionen sind.

Der Gebrauchswert für den Praktiker der folgenden Anmerkungen liegt darin, diese Handlungsstrategien kennen zu lernen und auch für den eigenen Gebrauch kritischer zu reflektieren.

In der damaligen Abschlussarbeit untersuchte ich drei Zeitabschnitte:  
Die Zeit von 1977 bis 1988 mit der antifaschistischen Pädagogik;  
Die Zeit von 1989 bis 1998 mit der akzeptierenden Jugendarbeit;  
Die Zeit von 1999 bis heute mit der zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie.

Dass eine Handlungsstrategie in der Praxis dann „dominiert“ bzw. sich durchsetzt, liegt im Wesentlichen an dem Transfer durch Förderprogramme der EU, vom Bund, den Ländern und Kommunen.

### **Von 1977 bis 1989: Antifaschistische Pädagogik**

#### **Gesellschaftlicher Rahmen**

Auf rechtsextremistische Einstellungen als ein relevantes Problem bei Jugendlichen wird in der fachwissenschaftlichen Diskussion zuerst am Anfang

der siebziger Jahre hingewiesen. Zeitgleich mit dem wahlpolitischen Niedergang der NPD in den siebziger Jahren entwickelte sich ein jugendpolitischer Rechtsextremismus im außerparlamentarischen Raum, der sich seit 1977 steigerte „(...) zu einem Terror von Rechts, der von zumeist jugendlichen Gruppen getragen wurde und neonazistisch inspiriert war.“<sup>1</sup> In Zahlen: Das Bundesinnenministerium ermittelte 1974 noch 136 Gesetzesverletzungen deutscher Rechtsextremisten, 1979 waren es schon 1500 und 1981 sogar 2500. Diese Zahl stagnierte bis zur Wiedervereinigung bei etwa 2000 erfassten Gesetzesverletzungen pro Jahr.

### **Pädagogisches Handlungskonzept**

Die pädagogische Antwort darauf, war zugleich auch eine jugendpolitische Antwort: Neben der Verbesserung der ökonomischen Perspektiven der Jugend wurde im pädagogischen Bereich im Kontakt zu ehemaligen Widerstandskämpfern und KZ-Häftlingen eine Schlüsselfunktion gesehen: „So ist eine der Wurzeln der Demokratie in der Bundesrepublik (...) ganz sicher der antifaschistische Widerstand. Wir sollten uns viel stärker als bisher am positiven Beispiel der KZ-Häftlinge orientieren.(...) Diese Frauen und Männer können Jugendlichen (...) ein positives Beispiel sein“<sup>2</sup>.

Die Ziele einer antifaschistischen Pädagogik waren damit ein kritisches Engagement für die Demokratie und die rationale geschichtliche Aufklärung.

Die praktische Umsetzung:

Antifaschistische Stadtrundfahrten und Stadtspiele mit dem Schwerpunkt, die Geschichte des Nationalsozialismus im lokalen Raum sichtbar und erfahrbar zu machen;

Besuche in Gedenkstätten;

Gespräche mit Zeitzeugen;

sowie Seminarpädagogik;

und Projektunterricht in Schulen.

---

<sup>1</sup> Stöss, Richard: Die Extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, 1989, S.98

<sup>2</sup> Huhn, Anne; Meyer, Alwin: Einst kommt der Tag der Rache – Die rechtsextreme Herausforderung 1945 bis heute, Freiburg, 1986, S. 189

## **Kritik**

Gegenwind gab es in den achtziger Jahren von CDU - geführten Landesregierungen, z.B. von damaligen Berliner Schulsenatorin Hanna Renate Laurien, die Mitgliedern der Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus (VVN) Gespräche in den Schulen mit den Schülern und Schülerinnen untersagte. Sie begründete das Verbot mit der (ehemaligen) kommunistischen Betätigung vieler VVN-Mitglieder und vertrat selbst die „Totalitarismustheorie“, in der die kommunistische und nationalsozialistische Ideologie gleichgesetzt werden.

So blieben die Projekte der antifaschistischen Pädagogik, hauptsächlich auf die außerschulische Jugendbildung von Jugendverbänden beschränkt.

Aber auch Pädagogen kritisierten die antifaschistische Pädagogik:

1. Erreicht werden mit der antifaschistischen Pädagogik vor allem interessierte, in der Jugendarbeit bereits aktive Jugendliche. Jedoch nicht Jugendliche „mit autoritären und antidemokratischen Einstellungen (...)“.<sup>3</sup>
2. Durch die geschichtsorientierte Erinnerungsarbeit werde eine mögliche Abwehrhaltung bei den Jugendlichen gestärkt.<sup>4</sup>

Die anhaltende Kritik, die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zum Ende der achtziger Jahre führten spätestens mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989 zu einem Wechsel bei der dominieren Handlungsstrategie.

## **Nach 1989 bis 1998: Die „akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“**

### **Gesellschaftlicher Rahmen**

Eine detaillierte Betrachtung müsste die Entwicklungen in den „Alten“ und „Neuen“ Ländern gesondert berücksichtigen. Für das Gebiet der alten Bundesrepublik und

---

<sup>3</sup> Hafenecker, Benno: Pädagogik gegen Rechts – Zur Geschichte der pädagogischen Reaktionsmuster gegen den Rechtsextremismus, in: Paul, Gerhard (Hg.): Hitlers Schatten verblasst – Die Normalisierung des Rechtsextremismus, S.212

<sup>4</sup> ebd., S.211

Berlin (West) bis 1989 besteht unter den Sozialwissenschaftlern Konsens darüber, daß

„(...) wir es in den achtziger Jahren mit einer neuen Welle des Rechtsextremismus zu tun haben, die sich von früheren Erfolgsphasen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik deutlich abhebt“<sup>5</sup>.

Parteilpolitisch drückt sich diese Entwicklung im Aufstieg der 1983 gegründeten rechtsextremen Partei „Die Republikaner“ aus, die 1989 in Berlin (West) mit 7,5% der Stimmen in das Abgeordnetenhaus einziehen konnte und im gleichen Jahr bei der bundesweiten Europawahl 7,1% der Stimmen gewann. 1992 erhielten sie in BaWü 10,9% und 1996 9,1% der Stimmen.

Die bedeutendste politische Auseinandersetzung war die sogenannte „Asyldebatte“, die schon Ende der achtziger Jahre in der alten BRD begann und ihren Höhepunkt 1993 mit der Einschränkung des Art. 16 des Grundgesetzes, dem sog. Asylkompromiss fand. Dort hieß es bis zur Änderung: „Politisch verfolgte genießen Asylrecht“.<sup>6</sup> Zwischen 1953 und 1978 kamen insgesamt 178 000 Asylbewerber nach Deutschland. 1991 waren es allein 438200 Menschen. Diese Zuwanderungswelle stieß innerhalb großer Teile der Bevölkerung auf Ablehnung. Rechtsextreme Parteien wie die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ machten sich diese Stimmung zunutze und konnten in mehrere Landesparlamente einziehen.

Zeitgleich mit der Asyldebatte stieg die Zahl der erfassten Gewalttaten rechtsextremistischer Motivation rapide an. Waren in den achtziger Jahren vom Bundesamt für Verfassungsschutz noch 200 – 300 Gewalttaten jährlich registriert, stiegen diese 1991 auf fast 1500 und 1992 auf über 2300<sup>7</sup> an.

1992 wurden 17 Menschen von Rechtsextremisten ermordet und 186 Brandanschläge verübt. 423 Menschen wurden von Rechtsextremisten verletzt.<sup>8</sup>

---

<sup>5</sup> Holthusen, Bernd (Hg.): Rechtsextremismus in Berlin: aktuelle Erscheinungsformen, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Marburg, 1994, S.13

<sup>6</sup> Münz, Rainer; Seifert, Wolfgang; Ulrich, Ralf: Zuwanderung nach Deutschland-Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt Main/ New Yorck, 1997, S.45

<sup>7</sup> Bundesamt für Verfassungsschutz, zitiert nach Kleinstädter Anzeiger: Trauriger Rekord: Fremdenfeindliche Gewalt im Osten, 13.2.1993

<sup>8</sup> Merkel, Angela: Jugend im Kontext von Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993

Stichworte an dieser Stelle sind Hoyerswerda (17. bis 22.9.1991), Rostock-Lichtenhagen (23. bis 27.3.1992) und Mölln (23.11.1992).

## **Sozialwissenschaftliche Erklärungen**

Drei Erklärungsansätze dominierten die sozialwissenschaftliche Debatte nach 1989. Die „Theorie der sozialen Deprivation“, die „Theorie der Dominanzkultur“ und die „Individualisierungsthese“ von Wilhelm Heitmeyer die sich letztlich in der Politik und der Öffentlichkeit durchsetzte.

Die Individualisierungsthese besagt, dass die Entwicklungen durch die Modernisierung und Individualisierung der kapitalistischen Gesellschaft das Individuum neuen Widersprüchen aussetzen.

Grundlage ist die soziologische Theorie von der „Risikogesellschaft“ von Ulrich Beck. Hierbei benennt Heitmeyer die Probleme:

- Auflösungsprozesse von Beziehungen zu anderen Personen oder von Lebenszusammenhängen;
- Auflösungsprozesse der faktischen Teilnahme an gesellschaftlichen Institutionen;
- Auflösungsprozesse der Verständigung über gemeinsame Wert- und Normvorstellungen.<sup>9</sup>

## **Pädagogisches Handlungskonzept**

Die ersten Projekte der akzeptierenden Sozialarbeit beschäftigten sich in den frühen achtziger Jahren mit Jugendlichen aus der Jugendkultur der „Punks“, mit gewalttätigen Fußballfans und als größte Gruppe mit Drogenabhängigen. Grundlage dieser aufsuchenden Sozialarbeit war der Ansatz, diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht länger ausgrenzen zu wollen. Sozialarbeit verstand sich als Sprachrohr und als notwendige Lobby einer Randgruppe.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Heitmeyer, Wilhelm: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyse, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Argumente gegen den Hass, Band II, Bonn, 1993, S.202

<sup>10</sup> Antifaschistisches-Info-Blatt: Akzeptierende Gewaltarbeit – Zum Umgang mit neonazistischer Jugendkultur im Bereich der Sozialarbeit und Jugendpolitik, Nr. 44 Jg.1998, S.12

Krafeld übertrug dieses Konzept auf die Arbeit mit Jugendlichen Rechtsextremisten. Er fordert einen Abschied „(...) von der bis heute ungemein verbreiteten Illusion, mit Aufklärung oder Bekämpfung rechtsextremistische Orientierungen und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen tatsächlich zurückdrängen zu können“.<sup>11</sup>

Aus dieser Position heraus kritisiert er, dass Jugendarbeiter, die rechte Jugendliche ausgrenzen und nach „nazifreien Zonen“ rufen, ihre Gleichgültigkeit gegenüber Sorgen und Problemen von Jugendlichen zeigen würden und damit Mitverursacher seien für die Frustrationserlebnisse der rechten Jugendlichen.<sup>12</sup>

Ein schwerwiegendes Problem dieses pädagogischen Ansatzes ist die Grenzziehung gegenüber den rechtsextremistischen Jugendlichen. Das Problem ist der Begriff der Akzeptanz, „(...) vor allem beim Umgang mit dem Tragen von Waffen, mit dem Zeigen rechtsextremistischer Symbole, dem Umgang mit exzessivem Alkoholkonsum oder dem Umgang mit Körperlichkeit und Gewalt“<sup>13</sup>.

Mit dem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAg) vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 1.1.1992 gestartet, wurde die „Akzeptierende Jugendarbeit“ die dominierende Handlungsstrategie.<sup>14</sup>

Bei einer Pressekonferenz zur Vorstellung des Programms erklärte die zuständige Bundesministerin Angela Merkel:

“Die Erfahrungen in Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen weder organisierte, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind. Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet (...), weil man sich vernachlässigt, unverstanden, ausgeschlossen fühlt. In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein

---

<sup>11</sup> Krafeld, Franz Josef: Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.312

<sup>12</sup> Krafeld, Franz Josef: Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.313

<sup>13</sup> ebd., S.318

<sup>14</sup> Bruderus, Andreas: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten – Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, Bonn, 1998, S.43

verborgener Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern“.<sup>15</sup>

1998 wurden bundesweit ca. 100 Projekte gezählt die sich des Begriffes „akzeptierend“ in ihrer Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen bedienen.

## Die Kritik

Die Kritik an diesem pädagogischen Ansatz verläuft auf drei Ebenen:

- Kritik am theoretischen Überbau;
- Mängel in der praktischen Umsetzung;
- Folgen für das gesellschaftliche Klima in den Kommunen.

Zwei Beispiele für praktische Fehlentwicklungen seien hier angeführt: So wurden 1992 in Cottbus Neonazis von Sozialarbeitern betreut, die selbst aus der rechten Skinhead-Szene kamen.<sup>16</sup> Im gleichen Jahr wurde in Hoyerswerda öffentlich, dass in einem Jugendclub die rechtsextreme „Deutsche Alternative“ ihren Treffpunkt hatte und der Sozialarbeiter hinter der Theke „selbst gegen Ausländer randaliert hat (...)“<sup>17</sup>.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die Folge für das soziokulturelle Klima in den Kommunen. In der akzeptierenden Jugendarbeit ist es ein wesentlicher Bestandteil, den rechten Jugendlichen einen öffentlichen Raum zu bieten, in denen sie rechte Ästhetik, rechte Musik und rechtsextreme Argumente ungehindert kultivieren dürfen. Ein solcher Ansatz ignoriert „(...) aber offensichtlich die strukturellen Entwicklungen des deutschen Rechtsextremismus in den neunziger Jahren“<sup>18</sup>.

Diese strukturelle Entwicklung wird so skizziert, dass die heutigen Wurzeln der NPD und ihrer Jugendorganisation in den neuen Bundesländern vor allem in einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur lägen, die in der Lage sei, erhebliche

---

<sup>15</sup> Merkel, Angela, zitiert nach Bruderus, ebd., S.43

<sup>16</sup> Leif, Thomas: Neonazis als Sozialarbeiter, in: Erziehung und Wissenschaft, GEW-Berlin (Hg.), Nr.10 Jg. 1992, S.15

<sup>17</sup> Leif, Thomas: Rechte Helfer zur unpolitischen Frustbearbeitung, in: Der Tagesspiegel, 29.9.92, S.3

<sup>18</sup> Korgel Lorenz: Akzeptierende Sozialarbeit und Erwachsenenbildung, in: Bulletin, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Nr.1 Jg.1999, S.37

soziokulturelle Kapazitäten aufzubringen und sozialräumliche Dominanzen herzustellen.

Selbst der Mentor der „akzeptierenden Jugendarbeit“ Krafeld geht bezüglich der Umsetzung seines Konzeptes auf deutliche Distanz: „Die meisten Jugendarbeiter in Ostdeutschland, (...) verwenden den Begriff vielmehr als Synonym für eine persönlich vielleicht engagierte, aber fachlich völlig unprofessionelle und unververtretbare Identifizierung mit ihrer Zielgruppe“<sup>19</sup>. Dies betrifft vor allem den Begriff der „Akzeptanz“.

Wo rechte Jugendliche die Hegemonie ausüben und wo sie anderen deren Recht auf gefahrlose sozial-räumliche Entfaltung bestreiten, da, so Krafeld, darf Jugendarbeit solche Herrschaftsverhältnisse nicht noch stärken.

### **Seit 1998: Zivilgesellschaftliche Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Das Jahr 1998 stellte für die öffentliche und sozialwissenschaftliche Diskussion um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus eine Zäsur dar und der Beginn einer neuen Handlungsstrategie: der zivilgesellschaftlichen Konzepte. .

### **Gesellschaftlicher Rahmen**

Wesentlich ist der Regierungswechsel 1998 auf Bundesebene zur rot-grünen Koalition aus SPD und Bündnisgrünen, die in der Analyse der Gründe für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und bei ihrer Bekämpfung neue Akzente setzt:

1. Die Unterstützung der Opfer von rechtsextremer Gewalt.
2. Die Unterstützung demokratischer zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und „nicht-rechter“ Jugendkulturen in der ehemaligen DDR.

---

<sup>19</sup> Krafeld, Franz Josef: Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert?, in: Bulletin, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Nr.1 Jg. 1999, S.9



Dies war eine Reaktion auf die Strategie rechtsextremer Kameradschaften und der NPD, sogenannte „National befreite Zonen“ zu schaffen. Das rechtsextreme Manifest „Schafft befreite Zonen!“ wurde 1991 von „nationalrevolutionären“ Rechtsextremisten zuerst in der Zeitschrift „Junge Freiheit“ veröffentlicht. Es sollte der Anstoß zur Umsetzung einer Strategie der „kulturellen Subversion“ durch große Teile der extremen Rechten und der Partei NPD sein.

## **Sozialwissenschaftliche Erklärungen**

Auch für die theoretische Ebene kann eine deutliche Verschiebung festgehalten werden:

„Wenn aber die These vom Rassismus der Mitte zutrifft, hat unsere Gesellschaft ein großes Problem. Dann geht es nämlich nicht um die Auseinandersetzung mit den rechten Schlägern und ihrem direkten Umfeld, sondern die Gesellschaft als Ganzes muss das Zielobjekt der Aufklärung sein“<sup>20</sup>.

Die Grundannahme der zivilgesellschaftlichen Akteure gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist, dass eine Erziehung zur Demokratie immer eine Erziehung gegen Rechtsextremismus ist:

„Demokratie wird dabei verstanden als ein Wertesystem, in dem der Schutz von Minderheiten und das Prinzip der Menschenrechte die zentralen Positionen inne haben (...). Demokratie steht somit im diametralen Gegensatz zum Rechtsextremismus, dessen ideologischer Kern die Ideologie von der Ungleichwertigkeit der Menschen ist (...).“<sup>21</sup>

## **Pädagogisches Handlungskonzept**

Daraus folgt, dass in den Kommunen demokratische zivilgesellschaftliche Akteure gestützt, gestärkt und aufgebaut werden müssen, um damit gleichzeitig rechtsextreme Tendenzen einzuschränken. Sie sollen vor Ort Einfluss auf

---

<sup>20</sup> Watzal, Ludwig: „Editorial“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 39 Jg. 2000, S.2

<sup>21</sup> Borstel, Dierk; Korgel, Lorenz; Sischka Kerstin; Wagner, Bernd: Rechtsextreme Tendenzen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen, Zentrum Demokratische Kultur, Berlin, 2000, S.214

kommunale Diskurse nehmen und versuchen, diese zu bestimmen und zu dominieren.<sup>22</sup>

Praktisch bedeutet dies:

- Modellprojekte für Opferberatungsstellen,
- eine bessere Unterstützung und
- Beratung von mit Rechtsextremismus befassten Stellen durch mobile Beratungsteams (...),
- sowie eine Neuorientierung der Jugendarbeit
- und Stärkung demokratischer Jugendkulturen<sup>23</sup>.

So überschneiden sich zum Teil das strategische Vorgehen und die Interessen von sog. „Antifa - Gruppen“ und den Vertretern des zivilgesellschaftlichen Handlungskonzeptes:

„Es zeigt sich, daß ausschließlich an den Orten, wo konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextreme auf der Straße mit alternativer Jugend- und Kulturarbeit, mit Bündnisarbeit in der Lokalpolitik, mit antirassistischer Arbeit, mit dem Aufbau und Erhalt von alternativen Treffpunkten verbunden wurde, das Entstehen von No-go-areas für Flüchtlinge, Migranten und nicht-rechte Jugendliche verhindert werden konnte.“<sup>24</sup>

Zumindest überall dort, wo es SPD-Alleinregierungen, rot-grüne oder rot-rote Koalitionen gibt, wird diese Handlungsstrategie bis heute auch praktisch umgesetzt.

---

<sup>22</sup> ebd., S.229

<sup>23</sup> Bundestagsfraktion Bündnis90/Grüne, Beschluss vom 21.8.2000

<sup>24</sup> Antifaschistisches-Info-Blatt: Editorial, Nr.2 Jg.2000, S.3

## Und Heute?

Zwischen dem Ende der damaligen Untersuchung und heute liegen etwa 10 Jahre. Mit den nachfolgenden Bundesprogrammen "Civitas", „Xenos - Integration und Vielfalt“ und „Vielfalt tut gut“ in den vergangenen Jahren hatte sich bis 2009 eine stillschweigende Übereinkunft in der Theorie, der Politik und der Pädagogik gefunden.

In der Sozialwissenschaft war der Rechtsextremismus ein „mehrdimensionales Problem“, das die Erklärungsansätze miteinander verband.

Durch die aktuellen Programme werden und wurden Projekte der Erinnerungspädagogik (früher antifaschistische Pädagogik), der zivilgesellschaftlichen Strategie und einige wenige mit dem Konzept einer „Gerechtigkeitspädagogik“ - dem Folgekonzept der akzeptierenden Jugendarbeit - gefördert.

Zusätzlich befriedete die „Große Koalition“ auf Bundesebene, dadurch dass sie diesen „Status Quo“ beständig in ihren Programmen widerspiegelte.

Neue Impulse gab es durch die Theoriearbeit einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) von Heitmeyer und Kollegen, die damit in die Präventionsarbeit auch Jugendliche mit Migrationshintergrund einbezog.

Neue Aufgaben entstanden auch dadurch, dass sich die Rechtsextremisten der „sozialen Frage“ und der Agitation gegen die „Globalisierung“ zu wendeten und dem Entstehen der jugendkulturellen „autonomen Nationalisten“.

Aktuell ist der beschriebene „Status Quo“ gefährdet und das Themenfeld wieder stärker ideologisiert.

Meine Ausgangsthese war die, dass die in der Pädagogik dominierenden Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus keine Ergebnisse reiner wissenschaftlicher oder pädagogischer Interventionen sind. Sie sind Ergebnis politischer, dann sozialwissenschaftlicher und pädagogischer Diskussionen.

Und wir - im pädagogischen Alltag und auf auch dieser Tagung - sind ein Teil davon!

*Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.*

Die komplette Arbeit mit dem Titel „Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen in Berlin und Brandenburg“ steht als Download u.a. unter [www.osz-gegen-rechts.de](http://www.osz-gegen-rechts.de) in dem Menu „Handeln“ zur Verfügung.